



## **Rede**

**Hans-Joachim Fuchtel, MdB**

**Parlamentarischer Staatssekretär**

**bei der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft**

**Anlass:** Tagung des Landkreistages Rheinland-Pfalz  
„Gleichwertige Lebensverhältnisse in  
Rheinland-Pfalz – was kann getan werden?“

**Termin:** 10.04.2019, 10:45 Uhr

**Ort:** Kulturhalle Ochtendung, LK Mayen-Koblenz

**Thema:** Ländliche Räume als Zukunftsstandorte

<b>Gliederung:</b>	<b>Seite</b>
1. Einleitung	2
2. Ländliche Räume als Zukunftsstandorte	4
3. Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“	7
4. Daseinsvorsorge als Dableibevorsorge	10
5. Digitale Chancengleichheit	11
6. Ehrenamt stärken	13
7. Weiterentwicklung der GAK	15
8. Kommunale Finanzausstattung	16
9. Schluss	18

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter **Herr Vorsitzender** [Günther] **Schartz**,

sehr geehrter **Herr Staatssekretär** [Clemens] **Hoch**,

sehr geehrte **Frau Professor** Dr. [Gabi] **Troeger-Weiß**,

sehr geehrte Damen und Herren **Abgeordnete** aus dem  
**Bundestag** und dem **Landtag**,

sehr geehrte Damen und Herren **Vertreter** der kommunalen  
**Spitzenverbände**,

sehr geehrte Damen und Herren **Landräte**, **Bürgermeister**,  
**Kommunalvertreter**,

sehr geehrte **Damen und Herren!**

## 1. Einleitung

Ich freue mich, heute bei Ihnen zu sein. Auch im Namen von Frau Bundesministerin, Julia Klöckner, danke ich Ihnen für die Einladung.

Es ist wichtig, dass wir beim Thema Ländliche Räume im Gespräch bleiben. Kommunalpolitik und Politik für die ländlichen Räume sind eng miteinander verbunden.

In den ländlichen Kommunen ist Politik besonders nah an der Lebenswirklichkeit der Menschen.

Ich selbst lebe in Altensteig im Nordschwarzwald, verbringe aber einen großen Teil der Zeit in Berlin. Ich weiß, wie unterschiedlich diese beiden Welten sind.

Die Menschen leben gerne auf dem Land und in ihrer Heimat. Viele pendeln zwischen Arbeit, Kita, Laden und Arzt. Und ärgern sich, wenn sie im **Funkloch** stecken. Zu oft sind diese Probleme weit weg.

Stattdessen reden wir über die Metropolen, über hohe Mieten, Feinstaub, verstopfte Innenstädte.

Das **müssen wir ändern!** Gute Versorgung, Internet und Mobilfunk sowie ein planbarer ÖPNV stehen deshalb für uns ganz oben auf der Agenda.

Deshalb ist es wichtig, dass wir über **gleichwertige Lebensbedingungen** sprechen und zwar auf **allen Ebenen**.

## 2. Ländliche Räume als Zukunftsstandorte

Doch damit ländliche Kommunen ihre Potentiale entwickeln können, benötigen sie Freiräume und Unterstützung. Dabei stehen sie vor Herausforderungen, die durch einen in manchen Bereichen rasanten, in anderen Bereichen langfristigen Wandel beeinflusst werden:

- Wirtschaftlicher Wandel: **Globalisierung**
- Technischer Wandel: **Digitalisierung**
- Demografischer Wandel: **Wegzug / Alterung**
- Gesellschaftlicher Wandel: **Teilhabe / Entwicklungschancen**

Wertvolle Unterstützung bei der Bewältigung von Herausforderungen können Kommunen von ländlicher Entwicklungspolitik erwarten.

Sie verfolgt das Ziel, ländliche Regionen als Lebens- und Wirtschaftsräume zu erhalten und zu entwickeln.

Doch unsere ländlichen Regionen sind sehr vielfältig, sie haben unterschiedliche Voraussetzungen und jeweils ihre eigenen Herausforderungen.

Einige ländliche Regionen **prosperieren** wirtschaftlich (insbesondere im Süden und Westen Deutschlands): Zum Beispiel durch mittelständische Industrien mit vielen Weltmarktführern (hidden champions) und technologieorientierten Zulieferbetrieben.

Andere Orte und Regionen in Deutschland haben **Probleme**: Durch Abwanderung und zunehmende Alterung, Gebäudeleerstand, fehlende Arbeitsplätze, angespannte Kommunalfinanzen und Defizite bereits in der Grundversorgung.

Diese regionalen Disparitäten können den solidarischen Zusammenhalt der Menschen und Regionen gefährden.

Dabei ist es dann auch nicht hilfreich, wenn uns - wie jüngst geschehen - Wissenschaftler des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) zur Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland empfehlen, ländliche Räume vor allem im **Osten notfalls aufzugeben**, und statt dessen in die Städte zu investieren.

Landschaften einfach **verwüsten zu lassen** – diese Vorstellung halte ich für befremdlich.

Nach dreißig Jahren deutscher Einheit, in denen viel erreicht wurde, können wir doch **nicht einfach die weiße Fahne** hissen. Nicht im Osten und nicht im Westen!

Sondern es geht darum, dafür zu sorgen, dass die **Lebensbedingungen gleichwertig sind**.

Denn gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten **politische Stabilität**.

Ländliche Regionen aufzugeben, wäre

- unverantwortlich jenen gegenüber, die hier gerne leben.
- absurd wegen des zunehmend weniger verfügbaren, bezahlbaren Wohnraums in Städten und
- halbwertig aufgrund potentieller Standorte für mittelständische Unternehmen.

Die Diskussion um ländliche Entwicklung und gleichwertige Lebensverhältnisse darf **nicht** wieder leiser werden.

### 3. Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“

Anrede,

Und damit das nicht passiert, haben wir im September vergangenen Jahres die **Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“** eingesetzt, deren Co-Vorsitz das BMEL übernommen hat.

Wir haben uns vorgenommen, den Abschlussbericht und Handlungsempfehlungen bereits Anfang Juli vorzulegen.

Das ist ambitioniert.

Und das muss es auch sein, denn die Diskussion um das **Dazugehören oder das Abgehängtsein** ist in vollem Gange und wird zunehmend lauter geführt.

Denn wir haben in diesem Jahr nicht nur die Europawahlen, sondern auch viele Kommunal- und Landtagswahlen vor uns.

Eines muss man klarstellen: Die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ist keine neue Föderalismuskommission. Sie ist auch nicht der Gesetzgeber und kann keine Beschlüsse über Haushaltsmittel fassen. Das fällt in den Zuständigkeitsbereich des Deutschen Bundestages.

Die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ wird aber in konkreten Themenbereichen einige wichtige Weichen stellen:

Da wird es darum gehen, wie wir flächendeckend gute digitale Infrastruktur sicherstellen und Mobilität für alle in Stadt und Land sicherstellen.

Es wird einen Entwurf dazu geben, wie wir die unterschiedlichen Förderprogramme für strukturschwache Regionen in ein einheitliches Gesamtsystem gießen – auch **unsere GAK** spielt dort in Teilen hinein.

Darauf werde ich später noch einmal zu sprechen kommen.



Es wird darum gehen, wie wir Arbeitsplätze – und auch **Behördenstellen!** – aus den großen Zentren heraus in die ländlichen Räume bringen.

Und es wird darum gehen, wie wir endlich den vielen ehrenamtlich Tätigen in diesem Land ein **Signal** geben, dass wir ihre Arbeit **wertschätzen**.

Derzeit arbeiten die Arbeitsgruppen zu sechs Themenfeldern auf Hochtouren an Handlungsempfehlungen.

Die „**Big Points**“ werden dann mit allen Kommissionsmitgliedern abgestimmt, also mit allen Ressorts, Ländern und Kommunalen Spitzenverbänden.

Alle Kommissionsmitglieder haben betont, konstruktiv für ein gutes Ergebnis für die deutschen Regionen zusammenarbeiten zu wollen. Es wird spannend!

Bereits jetzt lassen sich Ansätze erkennen, die dazu beitragen können, Dörfer und Regionen zukunftsfest aufzustellen.

#### 4. Daseinsvorsorge als Dableibevorsorge

Anrede,

Auf dem Zukunftsforum Ländliche Entwicklung des BMEL in diesem Jahr sprach der Bundespräsident in seiner Eröffnungsrede interessanter Weise **nicht** von **Daseinsvorsorge, sondern** von **Dableibevorsorge**.

Und hat damit zum Ausdruck gebracht, was viele Menschen im Ländlichen bewegt: Wo die Grundversorgung schwindet, belastet das den Alltag auf dem Land. Und wenn der Alltag sich nur mit immer höherem Aufwand bewältigen lässt, dann gehen die Menschen fort oder fühlen sich abgehängt.

In manchen Landkreisen erleben wir derzeit die Anfänge einer Trendwende: Die Menschen kehren zurück und wollen hier wieder gerne leben und arbeiten.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Bürger in ländlichen Regionen alle Dinge vorfinden, die sie brauchen, um ihren Alltag zu meistern.

- Sie müssen sich auf eine **gute ärztliche Versorgung** verlassen können – vielleicht an die Verhältnisse angepasst, zum Beispiel durch eine digitale Sprechstunde.
- Sie müssen den **gleichen Anschluss an die digitale Autobahn** haben – weiße und graue Flecken in der Fläche sind inakzeptabel.
- Sie müssen sicher sein, dass ihre **Kinder in KITAs und Schulen vor Ort** gehen können – kurze Beine, kurze Wege muss das Motto sein und nicht lange Fahrten.
- Sie müssen wissen, dass **ausreichend Arbeitsplätze** auf dem Land und nicht nur in den Ballungsgebieten zu finden sind.

## 5. Digitale Chancengleichheit

Anrede,

Digitalisierung ist eine der **zentralen Fragen**, wenn es um gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland geht.

Ich bin überzeugt, dass besonders die Digitalisierung die geringe Dichte der ländlichen Räume in vielen Bereichen ausgleichen kann.

Sie kann die Vorzüge der ländlichen Räume erhalten und weiterentwickeln.

Digitalisierung und Vernetzung werden damit zentrale **Faktoren im Standortwettbewerb** sein – ohne den direkten Kontakt der Menschen untereinander zu vergessen.

Grundvoraussetzung ist der **flächendeckende Anschluss** der ländlichen Räume an die digitale Hochleistungsinfrastruktur bei Glasfaser und Mobilfunk.

Deshalb darf es in Deutschland **keine zwei Geschwindigkeiten** geben.

Wir müssen die **Dynamik** des Breitbandausbaus in Deutschland **weiter steigern**.

Innerhalb der Bundesregierung setze ich mich dafür ein, Glasfaserverbindungen auch in den noch vielfach unterversorgten ländlichen Regionen flächendeckend verfügbar zu machen. Insbesondere muss **jeder** Funkmast mit **Glasfaser angeschlossen** werden, damit auch die Leistungspotentiale der nächsten Mobilfunkgeneration (5G) überall Standard werden können.

## 6. Ehrenamt stärken

Anrede,

einen wichtigen Beitrag zur **Dableibevorsorge** leistet das Ehrenamt. Ich denke nur an die Freiwillige Feuerwehr, die in den Dörfern für Sicherheit und schnelle Hilfe sorgt.

Das Ehrenamt hat gerade in den ländlichen Regionen eine **große gesellschaftliche Bedeutung**, einen **hohen Bindungswert** und **gewachsene Strukturen**.

**Lebendige**, aktive **Ortsgemeinschaften** mit einem abwechslungsreichen Vereinsleben sind ein nicht zu unterschätzender **Standortfaktor** für **ländliche Gemeinden**.

Deshalb **setzt Bundesministerin Klöckner mit ihrer Politik** für ländliche Räume ganz **bewusst auch auf die Stärkung des Ehrenamts**.

Im Rahmen des „**Aktionsbündnisses Leben auf dem Land**“ wollen wir hauptamtliche Strukturen ausbauen, die das **Ehrenamt beraten, koordinieren, vernetzen** und den **Engagierten den Rücken stärken**.

Mit dem **Bundesprogramm Ländliche Entwicklung** (BULE) werden wir auch weiterhin innovative Projekte für ein gutes Leben auf dem Land unterstützen.

**Ehrenamt, Digitalisierung und Mobilität** werden in den kommenden Jahren Schwerpunkte sein.

## 7. Weiterentwicklung der GAK

Anrede,

Unsere Politik muss **vor Ort wirken**.

Maßnahmen müssen in den Kommunen und Regionen ankommen.

Die Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Zukunft unserer ländlichen Räume zu gestalten.

Dafür brauchen wir eine **erweiterte Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“** (GAK)! Dafür brauchen wir weiter die Unterstützung der kommunalen Ebene. Das ist ein dickes Brett! Da brauchen wir langen Atem.

Wir sollten wegkommen von den kurzen Zyklen einer Projektförderung und **über die Regelförderung der GAK** die ländlichen Räume stärker **unterstützen**, gegen Leerstände in den Ortskernen, für eine gesicherte Grundversorgung, **für ein starkes Ehrenamt**. Durch eine **Grundgesetzänderung wollen wir die Leistungsfähigkeit der GAK verbessern**.

Über die GAK investieren wir ab 2019 **150 Millionen Euro zusätzlich in die ländliche Entwicklung** und ab 2020 sind 200 Millionen Euro vorgesehen.

Dieses Geld gilt es, im Zusammenspiel mit den Ländern **bedarfsgerecht, zielgerichtet und wirksam** in der Fläche zu investieren.

Dieses Geld müssen die Länder dann aber auch abrufen!<sup>1</sup>

Ich möchte, dass die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz, die **GAK**, eine solidere rechtliche Grundlage erhält, um Maßnahmen der **ländlichen Entwicklung** fördern zu können. Das geht nur über eine **Grundgesetzänderung**.

## 8. Kommunale Finanzausstattung

Um gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, braucht es auch eine **ausreichende kommunale Finanzausstattung**.

---

<sup>1</sup> **SRPLE 2019** (Zahlen Umlaufbeschluss PLANAK):  
Länder angemeldet: 138,7 Mio. Euro – **davon RP: 7,86 Mio. Euro**



Insbesondere die hohen kommunalen Kassenkreditbestände haben sich aber in einigen Regionen Deutschlands zum Problem entwickelt und schränken die Handlungsmöglichkeiten vieler Kommunen deutlich ein. So auch hier in Rheinland-Pfalz.

An dieses **Thema müssen** wir unbedingt **ran!**

In der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ hat sich eine Arbeitsgruppe dieser Aufgabe<sup>2</sup> angenommen. Dazu muss sich die gesamte Kommission, nicht nur diese Arbeitsgruppe positionieren.

Ohne den Ergebnissen der Arbeitsgruppe vorweggreifen zu wollen, sollten meiner Meinung nach klare Handlungsempfehlungen sowohl an den Bund als auch an die Länder und die Kommunen gegeben werden. Sie **alle stehen** bei diesem Thema in der **Verantwortung**.

Bei den Kommunal финанzen wünsche ich mir primär eine **einwohnerbezogene Stärkung** dort, wo die stark wirtschaftsbezogene Steuerverteilung nicht aufgabengerecht ist.

---

<sup>2</sup> Die Facharbeitsgruppe 1 – Kommunale Altschulden hat den Auftrag: *Die Finanzlage der Kommunen mit Blick auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu untersuchen und unter Berücksichtigung der finanzverfassungsrechtlichen Zuständigkeiten mögliche Ansätze zur Lösung der kommunalen Altschulden-/Kassenkreditproblematik zu entwickeln.*

Daneben wird auch über eine gewisse weitere Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben – den **Kosten der Unterkunft** (KdU) – durch den Bund geredet.

In erster Linie müssen aber die Länder ihrer finanziellen Verantwortung für ihre Kommunen gerecht werden. Und zusätzliche Bundesmittel müssen in vollem Umfang bei den Kommunen ankommen. Dann können bei sparsamer Haushaltsführung und konstruktiver Kommunalaufsicht neue Verschuldungsfallen vermieden werden.

## 9. Schluss

Unsere Aufgabe ist, Regionen passgenau und **nicht per Gießkannenpolitik** zu unterstützen, um vorhandene Potentiale zu nutzen.

Wir als BMEL möchten die dynamische, technische, wirtschaftliche, demografische und gesellschaftliche Entwicklung der ländlichen Räume auch zukünftig ziel- und bedarfsgerecht durch den Bund begleiten können.

Richtig gesetzte Maßnahmen können auch dazu beitragen, dass Kommunen, Unternehmen und Gesellschaft krisensicher agieren können und zukunftsfest aufgestellt sind.

Sie haben damit Einfluss auf die Resilienz von Dörfern und Regionen.

Die Vorschläge der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ können insofern durchaus richtungsweisend für die Entwicklung und den Zusammenhalt Deutschlands in den kommenden Jahren wirken.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!